Stellungnahme der Fraktion CDU / Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg zum Haushaltsentwurf 2014

Stadtratssitzung am 09. Dezember 2013
vorgetragen von Wigbert Schwenke MdL
Fraktionsvorsitzender

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Stadtratsvorsitzende,
sehr geehrte Mitglieder des Magdeburger Stadtrates,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, insbesondere des FB02,
sehr geehrte Medienvertreter und nicht zuletzt
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Publikum,

als ich vor gut einem Jahr hier vor Ihnen stand, war uns allen nicht bewusst, vor welchen großen Herausforderungen unsere Stadt und ihre Bürger stehen würden. Das Juni-Hochwasser und seine Folgen haben nicht nur fast unermessliche Anstrengungen erfordert, sondern auch gezeigt, welchen unglaublichen Zusammenhalt, gegenseitige Unterstützung und Hilfe von Dritten die Bürger unserer Stadt gelebt und erfahren haben. Auch an dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an all diejenigen, die ihren positiven Beitrag hier geleistet haben. Zweifelsohne werden die Konsequenzen aus diesem Hochwasser auch noch erhebliche finanzielle Folgen haben. Erste Zahlen sind bereits dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2014 zu entnehmen. Gerade bei den Magdeburger Verkehrsbetrieben werden hier noch wesentliche, und vermutlich mit hohen finanziellen Aufwendungen verbundene, Beschlüsse zu fassen sein. Es ist klar, dass es noch weitere anstehende Entscheidungen in diesem Zusammenhang geben wird. Wir als Fraktion setzen dabei die eindeutige Priorität auf den Schutz menschlichen Lebens und des Eigentums.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, die finanzielle Situation der Landeshauptstadt hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Neben dem wirtschaftlichen Aufschwung durch richtungsweisende Entscheidungen, den Fleiß der Beschäftigten und dem Erfolg der Unternehmen gab es noch einige andere Faktoren, die hier positiv mitgewirkt haben. In Deutschland waren noch nie so viele Menschen sozialversicherungspflichtig tätig wie heute. Auch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund sowie der Beschluss des Magdeburger Stadtrates, grundsätzlich keine neuen Kredite aufzunehmen, waren hier mehr als hilfreich. Wir als Fraktion stehen weiter zu dem Beschluss im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik, die auch

eine Frage der Generationengerechtigkeit ist. Hier könnten sich einige Kommunen in unserem Land sicher manches abschauen – das möchte ich nicht ohne einen gewissen Stolz hier noch einmal sagen.

Dass diese Leistungen auch überregional anerkannt und bemerkt werden, zeigen nicht zuletzt die 3 Auszeichnungen als dynamischste Stadt, als mittelstandfreundliche Stadt sowie für die Ottostadt Kampagne. Aber eines ist auch klar, wir dürfen uns nicht auf diesen Erfolgen ausruhen, denn Stillstand bedeutet faktisch Rückschritt, da wir uns innerhalb Deutschlands, Europas, ja auch weltweit, als Standort im Wettbewerb durchsetzen müssen.

Hier bilden neben der ausdifferenzierten Wirtschaftsstruktur vor allem die beiden Magdeburger Hochschulen wichtige Ansiedlungsgründe mit ihrem Know-How und den qualifizierten Fachkräften. Wir bekennen uns als Fraktion ausdrücklich zu beiden Hochschulen und ihrer Bedeutung für die Landeshauptstadt!!

Bei aller Freude über die positive Entwicklung unserer Stadt muss man sich auch den Risiken und Fehlentwicklung widmen. Als Kommunalpolitiker haben wir hier nur teilweise Möglichkeiten, einzugreifen bzw. zu korrigieren, aber diese müssen wir nutzen. Schlussendlich haben diese ja auch erhebliche Auswirkungen auf unseren Haushalt. Darauf komme ich später in meine Rede noch einmal zurück.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn inzwischen unsere Einnahmen aus Steuern, Gebühren usw. weiter gestiegen sind, bleiben wir weiterhin abhängig von Zuweisungen. Hier spielt das Finanzausgleichgesetz des Landes Sachsen-Anhalt eine maßgebliche Rolle. Die durchgeführte Reform begrüßen wir, müssen aber gleichzeitig Kritik äußern: So müssen die bisherigen Sparanstrengungen der einzelnen Gemeinden endlich, auch finanzielle, Anerkennung finden. An dieser Stelle möchte ich die Enttäuschung meiner Fraktion über die Tatsache zum Ausdruck bringen, dass wir auf Grund unserer relativ guten Steuereinnahmen jetzt im Rahmen des FAGs wieder als Magdeburger bestraft werden. Welchen Anreiz sollen Kommunen haben sich für Wirtschaftsansiedlungen stark zu machen, wenn zeitgleich die Mehreinnahmen auf der anderen Seite wieder weggekürzt werden.

Wir haben es uns im Stadtrat nicht leicht gemacht und sowohl die Bürger unserer Stadt, aber auch die Verwaltung, haben hier teilweise Leistungseinschränkungen und eine weitere Arbeitsverdichtung erfahren müssen. Aber solche Schritte sind im Sinne einer Finanzpolitik, die nicht nur das hier und jetzt, sondern auch die Zukunft und die Verantwortung für die jüngeren Generationen im Blick hat, unverzichtbar. Weiter kritisch sehen wir den Verbleib des Hebesatzes für die Grundsteuer B bei 495. Deshalb werden wir weiter nach alternativen Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung suchen, um diesen wieder auf 450 zu senken, werden aber heute keinen Antrag dazu stellen.

Derzeit liegt der Vertrag für eine Koalition aus CDU, CSU und SPD für die Bildung einer neuen Bundesregierung vor. Sollte dieser in Kraft treten, wird das ebenfalls nicht folgenlos bleiben für unsere Stadt. Beispielhaft sei hier nur die Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung, die Verkehrsinfrastruktur oder das geplante Bundesteilhabegesetz genannt. Auch wissen wir noch nicht, welche Auswirkungen die geplante Einführung eines Mindestlohnes haben wird. Es besteht aber die Hoffnung, dass die kommunalfreundliche Politik der alten unionsgeführten Bundesregierung auch in der neuen Konstellation weiter fortgeführt wird.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, der Haushaltsentwurf, der heute hier zur Beschlussfassung ansteht, ist ausgeglichen. Dies hat sicher große Anstrengungen und so manche Diskussion innerhalb der Verwaltung bedurft. *(NACH AKTUELLER LAGE GEGEBENENFALLS ABÄNDERN)*

Wir müssen aber auch noch die Risiken beachten, die teilweise in der Drucksache benannt werden. Dazu zählen unter anderem die strukturelle Unterdeckung im Personalkostenbereich von 5,5 Millionen € oder die momentan nur schwer abschätzbaren finanziellen Folgen des neuen Kinderfördergesetzes. Weitere kommen dazu, so sind bisher keine Mittel für mögliche Tarifaufwüchse bei den anstehenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst eingestellt. Hier verursacht jedes Prozent plus bei den Entgelten ungefähr 850 T€ Mehraufwendungen bei der Landeshauptstadt. Um es noch einmal klar zu stellen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung verdienen grundsätzlich diese finanzielle Anerkennung ihrer guten Arbeit. Aber gerade deswegen dürfen wir die Auswirkungen dieser Tarifabschlüsse nicht aus den Augen verlieren. Gleiches gilt für die möglichen Projekte als Lehre aus dem Hochwasser. Hier werden wir wohl im Laufe des Jahres noch einmal finanzielle Mittel bereitstellen müssen.

Wenn die Landeshauptstadt, wie bereits geschildert, grundsätzlich keine neuen Schulden aufnimmt, so bleiben uns aber noch die „Altschulden“ als Last erhalten. Momentan sind wir nicht in der Lage, diese im größeren Umfang zu tilgen. Es bleibt aber eine Daueraufgabe für uns, hier nach Lösungen zu suchen. Das STARK IV-Programm des Landes ist an dieser Stelle leider für unsere Stadt nicht das geeignete Instrument.

Was die Entwicklung des Investitionsvolumens der Landeshauptstadt angeht, sehen wir den derzeitigen Ansatz mit Bedenken, ja Sorgen. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben vor DDR-Verhältnissen beim Zustand der städtischen Infrastruktur wie Straßen, Brücken usw. gewarnt. Dieser Meinung können wir uns an dieser Stelle anschließen. Lassen Sie uns hier gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, das Erreichte zu sichern und die Infrastruktur so weiterzuentwickeln, dass sie den Ansprüchen in den kommenden Jahre und Jahrzehnten genügt. Die Stadt steht an dieser Stelle auch in Verantwortung als wichtiger Impulsgeber für die lokale Wirtschaft.

Hier noch einige Ausführungen zu den einzelnen Dezernaten bzw. Budgets. Zuerst sei mir aber der Hinweis gestattet, dass wir als Fraktion erwarten, dass die fehlenden Kennzahlen im Haushalt schnellstmöglich von der Verwaltung erarbeitet und ergänzt werden. Im Rahmen des Neuen Kassen- und Haushaltsrechts sind sie ja die Steuerungs- und Controllingelemente für die ehrenamtlich wirkenden Kommunalpolitiker.

Bezüglich des Budget I werden vor allem die Entwicklungen im Rahmen der Katastrophenabwehr bzw. des Bevölkerungsschutzes von uns genau beobachtet. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass die Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren ihrer Aufgaben ordnungsgemäß nachkommen können. Insbesondere bei den Freiwilligen Feuerwehren sind solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Attraktivität und Bedeutung dieses Ehrenamtes deutlich machen.
Auf Grund des demografischen Wandels müssen wir verstärkt darauf achten, dass auf allen Ebenen der Verwaltung qualifiziertes Fachpersonal zur Verfügung steht. In Anbetracht der Konkurrenzsituation in bestimmten Bereichen und bei der Gewinnung von Auszubilden, kein leichtes Unterfangen.

Die Steuereinnahmen sind im Bereich des Budgets II veranschlagt. Auch wenn Fortschritte zu erkennen sind, liegen wir noch deutlich unter dem Niveau vieler vergleichbarer Städte. Daneben müssen wir auch sehr genau auf die Entwicklung des Zinsmarktes achten, die derzeitige Niedrigzinsphase kann schneller vorbei sein, als wir uns das vorstellen können.

Das Budget des Wirtschaftsdezernates muss in seiner Entwicklung der Bedeutung dieses Verwaltungsbereiches nachkommen. Nur wenn in dieser Stadt eine starke Wirtschaft existiert, werden sich auch die kommunalen Einnahmen entsprechend entwickeln.

Der Stadtratsbeschluss zur Bewerbung um den Titel Kulturhauptstadt Europas muss mit Leben erfüllt werden. Dazu gehört für unsere Fraktion ausdrücklich auch die Etablierung eines Magdeburger Dommuseums unter, auch finanzieller, Beteiligung des Landes. Einen Antrag zur Einstellung finanzieller Mittel für das Personal, was für die Erstellung eines entsprechenden Konzeptes benötigt wird, haben wir ja federführend gemeinsam mit einer anderen Fraktion zu diesem Haushalt eingebracht.
Neben dem geplanten Bau zweier weiterführender Schulen, gilt es auch, die letzten verbleibenden unsanierten kommunalen Schulen in der Landeshauptstadt in einen angemessen baulichen Zustand zu versetzen. Bezüglich der Sanierung weiterer Sportstätten hat der Stadtrat ja bereits entsprechende Beschlüsse gefasst. Diese unterstützen wir ausdrücklich. Dies gilt auch für die notwendige Sanierung der Sporthalle des ehemaligen Humboldt-Gymnasiums.

Welche Bedeutung der Bereich des Dezernates V und seines dazugehörigen Budgets hat, macht eine Zahl ganz deutlich. Mehr als 34 % bzw. mehr als 200 Millionen EURO der gesamten Aufwendungen der Stadt entfallen auf So-

zialaufwendungen. Hier haben wir als Stadt teilweise nur wenig Einfluss und sind auf äußere Rahmenbedingungen, wie einer positiven Arbeitsmarktentwicklung angewiesen. Aber da, wo wir Steuerungsmöglichkeiten haben, gilt es jeden einzelnen Euro optimal einzusetzen, um den Auftrag und damit den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Effektivität und Effizienz dürfen auch auf diesem politischen Feld keine Fremdwörter sein.

Beim Baudezernat müssen wir feststellen, dass es der Stadt zunehmend schwer fällt, die bestehende Infrastruktur zu erhalten. Ich habe dazu bereits einige Ausführungen gemacht. Wir bekennen uns als Fraktion ausdrücklich zur geplanten Eisenbahnüberquerung Ernst-Reuter-Allee sowie zur geplanten Strombrückenverlängerung. Wir hoffen, dass diese und weitere Vorhaben nicht allein aus rein ideologischen Gründen von einer kleinen Gruppe immer wieder verzögert werden, sondern der mehrheitliche Wille der Bevölkerung und der verantwortlichen politischen Entscheidungsträger akzeptiert wird.

Das waren natürlich nur wenige Schlaglichter aus den einzelnen Bereichen, sie machen aber deutlich, vor welchen gemeinsamen Herausforderungen wir alle stehen.

Die Vertreter der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg haben sich sehr intensiv mit den vorliegenden Papieren beschäftigt. Daraus resultieren auch die eingebrachten Änderungsanträge. Beispielhaft seien hier genannt:

- Prüfung der Finanzierung der notwendigen Brandschutzmaßnahmen im Bürgerhaus Kannenstieg.
- Eine wirtschaftlichere Betreibung des Schülerwohnheims in der Albert-Vater-Straße
- Eine schnellere und damit auch bürgerfreundlichere Abrechnung satzungsgemäßer Straßenausbaubeiträge
- Der bereits erwähnte Antrag im Zusammenhang mit der Errichtung des Magdeburger Dommuseum.

Ich bitte die hier anwesenden Stadtratsmitglieder, diesen und unseren weiteren Anträgen zuzustimmen.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen, die an der Erarbeitung des Haushalts beteiligt waren, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereiches II sowie der Haushaltssachbearbeiter der anderen Verwaltungseinheiten, zu danken. Die Arbeit, die hier geleistet wird, verdient Anerkennung und Hochschätzung. Dank gilt auch den Mitgliedern des Stadtrates, insbesondere den Mitgliedern des Finanz- und Grundstücksausschusses, für die konstruktiven Beratungen zu dieser Drucksache.

Wir werden als Fraktion CDU/Bund für Magdeburg dem Haushaltsentwurf 2014 grundsätzlich zustimmen. Wir wollen damit den Weg freimachen für eine handlungsfähige Verwaltung im Sinne eines funktionieren und leistungsfähigen Gemeinwesens.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.